

Unser Meer, unsere Geschichte, unsere Verantwortung

Das Mittelmeer ist seit je her Schauplatz europäischer Geschichte. Schon in Folge des zweiten punischen Krieges sprachen die Römer um 201 v.u.Z. zum ersten Mal von einem „Mare Nostrum“, von „unserem Meer“. Karthago ward endgültig in seine Schranken verwiesen und der Großteil des Mittelmeers stand nun unter römischer Kontrolle. „Mare Nostrum“ entstand hier als Ausdruck eines Herrschafts- und Überlegenheitsanspruches Zentraleuropas im Mittelmeer, der bis ins letzte Jahrhundert Bestand haben sollte. Im ersten Weltkrieg tauchte der Begriff von „unserem Meer“ als *Mare Nostrum* wieder auf und bezeichnete den Anspruch Italiens auf die Gebiete entlang der Adria-Küste.

Es brauchte erst zwei Weltkriege, jeweils entfacht durch einen ausufernden Imperialismus, durch Nationalismus und völkischen und rassistischen Überlegenheitsphantasien um den Europäern klarzumachen, dass die wirtschaftliche und militärische Überlegenheit keinen Herrschaftsanspruch begründet, sondern moralische Verantwortung mit sich bringt. Eine moralische Verantwortung dafür, dass Wohlstand und Freiheit nur aus dem Gedanken eines friedvollen und sozialen Zusammenlebens resultieren können und dass dieser Gedanke universal für jeden Menschen gelten muss. Dieser europäische Grundgedanke, der innerhalb unserer Union hochgehalten wird, versagt heute an den Außengrenzen Europas kläglich.

Der Begriff *Mare Nostrum* wurde im Oktober 2013 durch die italienische Regierung in Folge der Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa wieder zu neuem Leben erweckt und hätte als Symbol für den Wandel europäischer Weltanschauung dienen können. Im Rahmen der Seenotrettungsaktion *Mare Nostrum* konnten tausende Flüchtlinge auf hoher See gerettet werden. Die italienische Marine ging nicht mehr nur in unmittelbarer Küstennähe auf Suche, sondern weitete ihre Überwachung bis weit vor die Küste Libyens aus und rettete so unzähligen Flüchtlingen das Leben. *Unser Meer* verstand sich nun nicht mehr als Besitzanspruch, sondern als Festlegung eines Verantwortungsbereichs. Das Mittelmeer ist nicht nur Teil der Geschichte Italiens, Frankreichs oder Spaniens, sondern des gesamten europäischen Kontinents und die Situationen im Nahen Osten und in Afrika sind teilweise auch die Folgen der Politik europäischer Staaten. Gerade deswegen sollte sich kein Staat und kein Mensch aus seiner Verantwortung stehlen dürfen.

Doch der progressive Ansatz Italiens fand in Europa keine Verbündeten und konnte allein durch den italienischen Staat nicht mehr länger finanziert werden. Das Programm wurde 2014 beendet und

durch das wesentlich magerere *Triton*-Programm ersetzt, das sich nun wieder lediglich auf die Bewachung der küstennahen Regionen beschränkte. Lange Zeit verhinderte eine relativ stabile Situation in den Staaten an der Nordküste Afrikas einen massenhaften Andrang von Flüchtlingen nach Europa. Viele dieser Staaten, wie Syrien und Libyen, sind mittlerweile im Chaos versunken. Der Flächenbrand in der arabischen Welt treibt immer mehr verzweifelte Menschen dazu an, die Flucht über das Mittelmeer anzutreten und sorgt zudem dafür, dass im südlichen Mittelmeer keine Ressourcen für die Seenotrettung zur Verfügung stehen. Doch auch die Menschen, die außerhalb der Grenzen der Europäischen Union ertrinken, ertrinken in *Unserem Meer*.

In der griechischen Mythologie taucht Triton in der Argonautensage als Retter in der Wüste gestrandeter Seefahrer auf, der ihre Schiffe mit Hilfe eines Wirbelsturms wieder zurück ins Meer zieht. Im Oktober 2014 wurde der Gedanke einer gemeinsamen Verantwortung für *Unser Meer* mit *Mare Nostrum* begraben und ersetzt durch den Gedanken des *Triton*-Programms, dass mit Sicherheit unfreiwillig, aber doch symbolisch mit seinem Namen für das steht, was in Folge dessen an den Außengrenzen der EU im Mittelmeer passiert ist: Wir haben das Flüchtlingsproblem aus unserer Verantwortung für das Mittelmeer verbannt und in die Verantwortung Tritons übergeben, der die Flüchtenden aus den Wüstenstaaten nun schon viel zu oft ins Meer gezogen hat, bevor sie die Außengrenzen erreichen konnten, an denen Europa sie hätte retten können.

Diese Ineffizienz der Seenotrettung im Rahmen von *Triton* wurde uns im April dieses Jahres wieder einmal schmerzlich vor Augen geführt, als binnen weniger Tage über 1000 Menschen im Mittelmeer ertranken. Es stellt sich für mich und viele meiner Parteigenossen mittlerweile die Frage, wie viele Menschen noch im Mittelmeer ertrinken müssen, bis klar wird, dass das Prinzip der Abschreckung nicht nur unmenschlich ist, sondern auch nicht funktioniert. Menschen, die weder in ihrem Heimatland noch in ihrem jeweiligen nordafrikanischen Transitland Hoffnung auf ein sicheres Leben haben, werden auch weiterhin jedes Risiko in Kauf nehmen, um nach Europa zu gelangen. Niemand verlässt seine Heimat leichten Herzens und wie groß muss die Not derjenigen sein, die auch zukünftig ihr letztes Geld skrupellosen Schlepperbanden in den Rachen werfen, nur in der vagen Hoffnung, die rettenden Küsten Europas erreichen zu können.

Deshalb begrüße ich als dringend notwendige kurzfristige Maßnahme, dass Kommission und Rat in ihrem 10-Punkte-Plan vom 20. April eine Erhöhung der Mittel sowie eine Erweiterung des Einsatzgebiets von Triton unterstützt haben. Dafür müssen allerdings nun auch schnellstens alle Mitgliedstaaten ausreichend finanzielle und operationelle Mittel beisteuern.

Die Aufnahme von Flüchtlingen und die Durchführung von Asylverfahren sind eine gemeinsame Verantwortung aller Mitgliedstaaten. Die Länder an den Außengrenzen brauchen die Unterstützung derjenigen Mitgliedstaaten, die weniger betroffen sind, damit die Herausforderungen auf alle Mitgliedstaaten gleichmäßig verteilt werden. Langfristig brauchen wir zudem ein faires, europäisches Verteilungssystem, das über eine Quote alle Mitgliedstaaten an der Aufnahme von Flüchtlingen zu gleichen Teilen beteiligt. Ebenso ist es dringend notwendig, die Möglichkeiten einer legalen Einreise

nach Europa zu erweitern, um Menschen auf sicherem Wege nach Europa einreisen lassen zu können.

An Vorschlägen der Sozialdemokraten für strukturelle Änderungen, um der Lage im Mittelmeer Herr zu werden, mangelt es nicht, doch die Politik kann immer nur ein Spiegel der Gesellschaft sein und in unserer europäischen Gesellschaft besteht leider noch immer kein ausreichender Konsens in dieser Angelegenheit. Die Asylpolitik zu missbrauchen, um soziale Ängste und Ressentiments zu schüren, ist leider immer noch gängige Praxis von Politik und Medien in Europa. Die Flüchtlingsproblematik muss in einem ganzheitlichen Ansatz auf allen politischen wie auch gesellschaftlichen Ebenen angegangen werden. Um eine soziale und menschenwürdige Asylpolitik durchführen zu können, braucht die Politik den Rückhalt einer starken Zivilgesellschaft. Wo auch immer ein Brandanschlag auf ein Asylbewerberwohnheim verübt wird oder anderweitig fremdenfeindliche Hetze betrieben wird, bedarf es eines starken Zeichens der Zivilgesellschaft, dass derartige Taten nicht im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung sind und vor allen Dingen, dass sie nicht toleriert werden.

Dieser Rückhalt der Zivilgesellschaft ist leider nicht überall festzustellen. Der Rücktritt des Bürgermeisters von Tröglitz (Sachsen-Anhalt), der auf Grund seines Engagements für eine Flüchtlingsunterkunft von Rechtsextremen bedroht wurde, sollte als Weckruf an die Politik fungieren, dass wir engagierte Bürger in ihrem Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und für Toleranz nicht alleine lassen dürfen. Die Politik muss die Bürgerinnen und Bürger viel mehr mitnehmen auf diese Mission und Möglichkeiten der aktiven Beteiligung anbieten. Wer sich Sorgen macht, dass die schlecht integrierten Asylbewerber in der direkten Nachbarschaft eine Störung oder gar eine Gefahr darstellen könnten, sollte die Möglichkeit geboten bekommen, zur Integration dieser Menschen beizutragen. Ich bin der festen Überzeugung, dass der direkte Kontakt mit Flüchtlingen das Verständnis für ihre Situation und dadurch auch die Hilfsbereitschaft erhöht. Viele positive Beispiele von zivilgesellschaftlichem Engagement lassen sich zurzeit beobachten. Initiativen finden sich zusammen, die auf jede erdenkliche Art versuchen, den Flüchtlingen zu helfen. Sie organisieren Sprachkurse und begleiten die Flüchtlinge bei Behördengängen, sie organisieren Kleidung und Dinge des täglichen Lebens, und sie versuchen über gemeinsame Aktivitäten mit den Flüchtlingen, ihnen ein Stück Heimat zu geben und Ihnen das Gefühl zu vermitteln, bei uns willkommen zu sein.

Doch nicht nur in Sachen gesellschaftlichen Zusammenhalts bedarf es einiger Nachbesserungen, sondern auch bei der Lastenverteilung innerhalb der Gesellschaft. Integration ist keine leichte Aufgabe und sie ist ebenso wenig kostengünstig. Die Kommunen dürfen deshalb mit der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen nicht alleine gelassen werden. Es darf in der EU nicht das Bild einer Gemeinschaft entstehen, die unter dem anhaltenden Flüchtlingsströmen ächzt und zusammenzubrechen droht. Dies verschärft nur die sozialen Ängste der Bürgerinnen und Bürger und wird zudem der Realität in Europa nicht gerecht. Denn wenn wir die Aufgaben und Kosten gerecht verteilen, kann es uns gelingen, dass die Flüchtlingssituation nicht mehr als Problem, sondern als gemeinsame Herausforderung gesehen wird, der man sich gemeinschaftlich stellt.



Letztendlich sollte uns bewusst sein, dass die Art und Weise, wie wir mit der gegenwärtigen Flüchtlingssituation umgehen, bedeutend sein wird für die Selbstwahrnehmung Europas, und dass das, was derzeit geschieht, im kollektiven Gedächtnis der Europäischen Union verwurzelt bleiben wird. Die Frage ist daher, ob wir damit leben können und wollen, dass die Schuld der unterlassenen Hilfeleistung und des tausendfachen Tods mit der Erinnerung an unsere Generation auf ewig verknüpft bleiben wird oder ob Zivilgesellschaft und Politik ein Exempel der Hilfsbereitschaft und Solidarität statuieren können, dass dem europäischen Gedanken würdig ist und ihn somit am Leben hält.

Autorin:

Petra Kammerevert ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments. Im Ausschuss für Kultur und Bildung ist sie die Sprecherin der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament. Des Weiteren ist sie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres und Mitglied der Delegation für den Parlamentarischen Stabilitäts- und Assoziationsausschuss Montenegro.

Kontakt: petra.kammerevert@europarl.europa.eu

Weitere Informationen: www.kammerevert.eu/html/-1/welcome/index.html

Redaktion:

BBE Europa-Nachrichten – Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundenetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 4

europa-bbe(at)b-b-e.de

www.b-b-e.de